Auf dem Weg zu einer umfassenderen Russlandpolitik: Lehren aus deutschen und US-amerikanischen Erfahrungen

SAMUEL CHARAP (BERICHTERSTATTER)
August 2012

- Obgleich die Spannungen zwischen Berlin und Washington aufgrund der Russlandpolitik zurückgegangen sind, wird die deutsche Haltung Russland gegenüber in den USA oft auf extreme Art und Weise karikiert; es herrscht dort kein ausgeprägtes Bewusstsein für das historische Erbe, das die deutsch-russischen Beziehungen prägt.
- Im Verlauf der post-sowjetischen Ära hat Deutschland ein breites Beziehungsgeflecht mit Russland entwickelt.
- Die neue Politik der Obama-Administration ähnelt dem deutschen Ansatz insofern, als sie die zivilgesellschaftliche Interaktion, die Ausweitung von Geschäftsbeziehungen und intensivere Kontakte zwischen den Regierungen in den Vordergrund stellt.
- Wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten unterschiedliche politische Ansätze gegenüber Russland verfolgen, besteht die Gefahr sich gegenseitig zu untergraben.

Inhalt

Die deutsche Politik aus amerikanischer Sicht **3**

Die Bedeutung des historischen Erbes **4**

Die heutige deutsche Politik **5**

Empfehlungen für die Vereinigten Staaten **6**

Empfehlungen für Deutschland **6**

Empfehlungen für beide Regierungen **7**

Der Blick aus Moskau **7**

Schlussfolgerungen **7**

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Russland sind Gegenstand vieler irreführender Analysen in den drei Ländern – und darüber hinaus. Die hieraus resultierenden Spannungen liegen im Interesse keines der Länder, und sie unterminieren die langfristigen Aussichten für ein geeintes, freies und friedliches Europa zu.

Dies ist angesichts der immensen potentiellen Synergien zwischen der amerikanischen und der deutschen Strategie gegenüber Russland umso irritierender – und angesichts dessen, was die drei Staaten gemeinsam erreichen könnten. Obwohl fest in gemeinsamen Werten, gemeinsamen Interessen und gleichen strategischen Zielen verankert, unterscheidet sich die amerikanische von der deutschen Russlandpolitik in Bezug auf den Ton, die Modalitäten und die Schwerpunkte. Zu einem gewissen Grad sind diese Unterschiede das natürliche Resultat der größeren Bedeutung Russlands für Deutschland, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Im Vergleich zu Deutschlands Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland sind die amerikanisch-russischen Verbindungen regelrecht blutleer. Dennoch lassen die verschiedenen Politikansätze sich nicht vollständig durch die unterschiedlichen Prioritäten erklären.

In diesem Bericht werden die russlandpolitischen Ansätze Deutschlands und der Vereinigten Staaten kontextualisiert sowie Unterschiede und Konvergenzen aufgezeigt. Zudem enthält er Empfehlungen, wie Berlin und Washington künftig von den Erfahrungen des jeweils anderen lernen können. Darüber hinaus werden russische Sichtweisen auf die Beziehungen Moskaus zu den Vereinigten Staaten und zu Deutschland analysiert und abschließend Vorschläge für amerikanisch-deutsch-russische Kooperationen gemacht.[1]

Der Bericht geht auf eine Reihe von Veranstaltungen zurück, die die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Center for American Progress zwischen 2009 und 2011 organisiert haben. An diesen Konferenzen nahmen deutsche und amerikanische Fachleute, Parlamentarier, Akademiker und Funktionsträger teil. Überdies reisten einige von ihnen nach Moskau und trafen dort ein breites Spektrum russischer Gesprächspartner. Übergeordneter Zweck war die Untersuchung der russlandpolitischen Ansätze beider Länder, die Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse für die Regierungen beider Staaten und die Erarbeitung von Empfehlungen für Kooperationsprojekte mit Russland.

Die deutsche Politik aus amerikanischer Sicht

> »Deutsche Exporte sind wichtiger als die Treue zur westlichen Allianz.«[2]

> »Im Laufe der Jahrhunderte wurde die deutsche Denkweise in Bezug auf Russland häufig von Illusionen, Träumen und Ambitionen dominiert.«[3]

In den vergangenen Jahren sind die Spannungen zwischen Berlin und Washington über die Russlandpolitik merklich zurückgegangen. Trotzdem wird die deutsche Russlandpolitik in den Vereinigten Staaten oft stark karikiert. Die Haltung des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder gegenüber Russland wird als Inbegriff einer deutschen Politik angesehen, die Integration mit Kapitulation verwechselt und Wertvorstellungen unmittelbaren Interessen unterordnet. Dabei geht es einerseits um Schröders Entscheidung, den Aufsichtsratsvorsitz des Konsortiums zu übernehmen, das die Nordstream-Pipeline betreibt, kurz nachdem er das Projekt während seiner Amtszeit selbst vorangetrieben hatte. Außerdem geht es um sein Lob, Wladimir Putin sei ein »lupenreiner« Demokrat[4]. Auch seit die SPD in der Opposition ist und eine Koalition aus CDU/CSU und FDP regiert, wird Deutschland häufig eine krasse Realpolitik vorgeworfen: Demnach werden die übrigen außenpolitischen Prioritäten Deutschlands den Launen des Kremls untergeordnet – im Gegenzug für russische Energielieferungen.

Jenseits von Schröders Überzeugungen und Verhalten ist die Realität der deutschen Politik komplexer. Deutschland ist Mitglied von EU und NATO; seine Beziehungen zu Russland unterscheiden sich zwangsläufig von den Beziehungen zu den anderen Mitgliedsstaaten und Verbündeten. Deutschland ist völkerrechtlich an die kollektive Ver-

1. Es ist wichtig festzuhalten, dass weder die amerikanischen noch die deutschen politischen Eliten einheitliche Sichtweisen auf Russland oder die Russlandpolitik haben.

2. Philip Stephens, »Testing Times for the West's Odd Couple,« *Financial Times,* August 4, 2011.

3. John Vinocur, »Merkel Is Dancing with a Bear,« *International Herald Tribune,* July 21, 2011.

4. Siehe http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,444069,00.html.

teidigung der Allianz gebunden, und weil es dem europäischen Binnenmarkt angehört, muss es sich um das ökonomische Wohlbefinden der übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Union kümmern.

Ein Mantra der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Ablehnung eines Sonderwegs. Gemäß ihrer Verfassung und politischen Tradition ist die Bundesrepublik Deutschland fest verankert in der EU und in der NATO. Dazu gibt es keine Alternative.

Des Weiteren besteht in Deutschland über Parteigrenzen hinweg ein breiter Konsens darüber, wie das heutige Russland beschaffen ist – besonders im Hinblick auf den dortigen innenpolitischen Sumpf, aber auch auf seine gelegentlich problematische Außenpolitik. Auch herrscht Einvernehmen in Bezug auf die strategische Zukunftsvision: Erwünscht ist ein demokratisches Russland als europäischer Partner, im Frieden mit seinen Nachbarn und integriert in die Welt.

Viele (wenn nicht die meisten) derjenigen, die sich in den Vereinigten Staaten mit Russlandpolitik beschäftigen, würden diese Ziele im Wesentlichen teilen. Die amerikanisch-deutschen Spannungen auf diesem Gebiet beziehen sich nicht hauptsächlich auf den Zweck, sondern auf die Mittel. Aus verschiedenen Gründen haben sich deutsche Außenpolitiker für einen integrativeren Ansatz gegenüber Russland entschieden als ihre amerikanischen Kollegen – dazu zählen die engeren wirtschaftlichen Verbindungen, aber auch ein historisches Erbe, das in Washington kaum verstanden wird. Zum Teil gehen die Unterschiede auch auf divergierende außenpolitische Schwerpunkte nach dem Kalten Krieg zurück: Für die deutschen Interessen war das neue Russland ebenso zentral wie vorher während die Interessen der Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion deutlich geringer waren. Als globale Macht mit globalen Interessen werden die Vereinigten Staaten den Schwerpunkt ihres internationalen Engagements in den kommenden Jahren auf China legen. Hingegen scheint die Regionalmacht Deutschland der Russischen Föderation ebenso viel Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen wie der Volksrepublik China.

Die Bedeutung des historischen Erbes

Das Erbe des Zweiten Weltkriegs spielt weiterhin eine große Rolle für Deutschlands Beziehungen zu den meisten Ländern, und die Beziehung mit dem postsowjetischen Russland ist dabei keine Ausnahme. Auch die nach dem Krieg geborenen Deutschen empfinden noch immer ein gewisses Maß an Verantwortung für die Verbrechen des Naziregimes in der Sowjetunion. An der Ostfront herrschte kein gewöhnlicher Krieg, sondern es handelte sich um einen *Vernichtungskrieg* mit dem Ziel, die Sowjetunion zu zerstören und ihre Bevölkerung zu eliminieren. Ein Drittel der 10,6 Millionen im Krieg getöteten sowjetischen Soldaten starben in deutscher Gefangenschaft, ganz zu schweigen von den Millionen Zivilisten, die die Nazis und ihre Handlanger umbrachten. Ein Schuldbewusstsein besteht bis heute.

Außerdem haben viele Deutsche – vor allem auch die Generation, die heute politische Macht innehat – ein tiefes Bewusstsein dafür, dass der Siegeszug des Nationalsozialismus auf das Versagen des politischen Systems zurückging: Die Robustheit der heutigen demokratischen Institutionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hausgemachter Totalitarismus zur jüngeren deutschen Vergangenheit gehört. Während Amerikaner die USA häufig als ein Land sehen, das sich stufenweise auf die vollständige Verwirklichung der Ideale seiner Gründer zubewegt, sehen viele Deutsche ihre Heimat als ein Land, das sich erst kürzlich demokratische Normen angeeignet hat. Die Russen, die ebenfalls eine schwierige Vergangenheit haben, können sich in dieser Hinsicht offenbar leichter in die Deutschen hineinversetzen.

Die Kombination aus anhaltenden Schuldgefühlen und Demut angesichts der eigenen demokratischen Referenzen hatte tiefgreifende Auswirkungen auf Deutschlands Russlandpolitik, besonders mit Blick auf taktische Ansätze. *Erstens* sind alle politischen Maßnahmen tabu, die den Anschein von Aggressivität gegenüber Russland erwecken könnten; das umfasst sogar eine selbstbewusste Rhetorik. Stattdessen neigen die Deutschen dazu, die Vorzüge des Dialogs, der Konsultation und der Integration für die Überwindung der Unterschiede mit Moskau zu betonen. *Zweitens* fühlen sich viele Deutsche nach wie vor zutiefst unwohl, wenn es darum geht, den Kreml auf demokratische Unzulänglichkeiten anzusprechen. Und auch eine *dritte* historische Komponente spielt bei der deutschen Russlandpolitik eine große Rolle: das Ende des

Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung. Während in Washington das Narrativ dominiert, der Westen habe einen »Sieg« errungen und die Sowjets beziehungsweise Russland eine »Niederlage« erlitten, glauben viele Angehörige der deutschen Elite, dass der Kalte Krieg friedlich beendet und die Wiedervereinigung vornehmlich durch die Annäherung an den Osten erreicht wurde – ein Erfolg, den viele der westdeutschen Ostpolitik unter Kanzler Willy Brandt in den sechziger und siebziger Jahren zuschreiben.

Brandt hatte eine Reihe von Motiven. Unter anderem wollte er mit den osteuropäischen Ländern – inklusive der Sowjetunion – Arbeitsbeziehungen etablieren, um die bestehenden Spannungen abzubauen. Es ging darum, praktische Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu unternehmen und aus übergeordneten Bestrebungen wie der Wiedervereinigung keine unüberwindbaren Hindernisse werden zu lassen. Ein weiteres Motiv: Mit dem ultimativen Ziel der Wiedervereinigung im Hinterkopf wollte Brandt einen Weg finden, um mit Ostdeutschland zu kommunizieren und wie auch immer geartete Arbeitsbeziehungen aufzubauen. Die Schlüsselkomponente der *Ostpolitik,* wie sie Brandts Berater Egon Bahr formuliert hatte, war *Wandel durch Annäherung.*

Wenn der vermeintlich unlösbare und dominierende geopolitische Konflikt, der fast ein halbes Jahrhundert andauerte, mittels Dialog und Konsultation bewältigt werden konnte, und wenn die Teilung des eigenen Landes durch das Engagement vor 1989 und die Integration nach 1989 zu überwinden war, dann ziehen viele Deutsche daraus natürlich den Schluss, dieselben Methoden könnten in Bezug auf die aktuellen allgemein- und sicherheitspolitischen Trennlinien zwischen Russland und dem Westen ebenfalls funktionieren.

Hier ist die historische Prägung durch die Europäische Integration (die bis vor kurzem gemeinhin als überragender Erfolg angesehen wurde) für die deutsche Außenpolitik von großer Bedeutung. Deutschland war einer der wichtigsten Fürsprecher für die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa, und seine heutige Politik gegenüber Russland wird in vielfältiger Weise davon bestimmt. Zwar ist Deutschland kein Anwalt russischer Interessen in der EU und in der NATO, zweifellos aber Verfechter einer engeren Anbindung Russlands an diese Institutionen.

Die heutige deutsche Politik

Die Prinzipien der Ostpolitik sind in den tagtäglichen deutsch-russischen Beziehungen nach wie vor lebendig. So änderte der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier das Konzept *Wandel durch Annäherung* für die Periode nach dem Kalten Krieg im Jahr 2006 leicht ab und forderte eine *Annäherung durch Verflechtung* an Russland.[5] Und auch jenseits von Positionspapieren hat Deutschland diese Politik auf verschiedenen Ebenen verfolgt:

- Eine bilaterale Modernisierungspartnerschaft: Diese war der Wegbereiter der »Partnerschaft für Modernisierung« zwischen der EU und Russland.[6] Der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Russlands Präsident Dmitri Medwedew hatten diese Partnerschaft im Jahr 2008 ins Leben gerufen. In einer Rede in Jekaterinburg skizzierte Steinmeier die zentralen Themen: Wissenschaft und Bildung, Klimawandel, Energieeffizienz, Demografie, Infrastruktur und Gesundheitspolitik. Die Modernisierungspartnerschaft war der Versuch, mit Russland einen gemeinsamen Nenner zu finden bei jenen Problemen, die man gemeinsam angehen konnte.[7] Unter dem Banner der Modernisierungspartnerschaft wurden eine Reihe von Projekten angestoßen, etwa das Deutsche Haus für Wissenschaft und Innovation in Moskau (DWIH) und ein Logistikzentrum an der staatlichen Universität St. Petersburg.

- Ein dichtes Netzwerk staatlich geförderter zwischengesellschaftlicher Verbindungen, auch über die politischen Stiftungen; formalisierte und zahlreiche Themen umfassende Track-II-Treffen unter der Ägide des deutsch-russischen Forums und des Petersburger Dialogs[8]; sowie diverse Städtepartnerschaften.

- Die staatliche Förderung von ausländischen Direktinvestitionen durch kleinere und mittlere deutsche Unternehmen. Heute repräsentiert die Deutsche Industrie- und

5. Siehe http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2006/061014-SteinmeierRBB.html

6. Siehe http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Aussenpolitik/Regionale-Schwerpunkte/Russland/Russland_node.html und http://eeas.europa.eu/delegations/russia/press_corner/all_news/news/2010/20100601_01_en.htm.

7. Siehe www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2008/080513-BM-Russland.html.

8. Siehe www.deutsch-russisches-forum.de; www.petersburger-dialog.de.

Handelskammer rund 6.600 Unternehmen mit Standorten fast überall in Russland. Deren Aktivitäten waren entscheidend dafür, dass auf lokaler Ebene kleine Fortschritte in Bezug auf Unternehmensführung erzielt werden konnte. Zudem stellen Deutschlands kommerzielle Interessen in Russland ein Forum dar, um mit der Regierung über wirtschaftliche Reformen und Rechtstaatlichkeit ins Gespräch zu kommen.

- RUDEA, ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Deutschen Energie-Agentur (dena) und dem russischen Energieministerium zur Erhöhung der Energieeffizienz in Russland.[9]

- Ein beständiger, formalisierter interparlamentarischer Dialog.

Wie effektiv diese politischen Instrumente sind, wird Gegenstand von Diskussionen bleiben, aber auf jeden Fall schufen sie ein weites Beziehungsnetz zwischen den beiden Ländern. Und diese Kontakte wiederum haben die bilateralen Beziehungen zu einem gewissen Grad gegen Unbeständigkeiten auf der politischen Ebene, wie Führungswechsel oder Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen, immun gemacht.

Empfehlungen für die Vereinigten Staaten

Die Politik des Neustarts der Regierung Obama zeigt hierzu viele Parallelen, etwa mit ihren Schwerpunkten auf zivilgesellschaftlichen Peer-to-Peer-Begegnungen, der Ausweitung von Geschäftsbeziehungen und intensiveren Kontakte zwischen den Regierungen. Jedoch ist Washington nicht aufgrund der Erfahrungen Berlins zu diesen Politikrezepten gekommen, sondern man zog die Lehren aus den Ansätzen vorheriger US-Regierungen. Für die Zukunft sollten die Vereinigten Staaten

- sich mit der deutschen Regierung eng über die Lehren aus der Zusammenarbeit mit Russland austauschen;

- auf der Basis dieser Lehren Programme entwickeln;

- einen informellen Posten schaffen, ähnlich dem deutschen »Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit«, der im Auswärtigen Amt ein Büro hat[10] (der Koordinator ist das öffentliche Gesicht der zwischengesellschaftlichen Verbindungen, er unterstützt Nicht-Regierungsorganisationen und – durch diese – Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ganz allgemein);

- sicherstellen, dass wie in Deutschland staatlich unterstütztes gesellschaftliches Engagement zu einer Vorreiterrolle der gesellschaftlichen Akteure führt;

- der amerikanischen Öffentlichkeit signalisieren, dass Wandel in Russland ein langfristiges Vorhaben ist und dass das Engagement des Westens nur dann effektiv sein kann, wenn es auf Dauer angelegt ist.

Empfehlungen für Deutschland

Es versteht sich von selbst, dass die deutsche Politik nicht fehlerfrei ist. An dieser Stelle könnten sich Lehren aus den amerikanischen Erfahrungen als hilfreich erweisen. *Erstens* verwechseln einige Deutsche den konstruktiven Dialog mit einer gefühlten Notwendigkeit, die russischen Realitäten zu beschönigen und russische Empfindsamkeiten zu besänftigen. Amerikanische Regierungspraxis hingegen war es immer, klare Worte für das Geschehen in Russland zu finden – eine Praxis, die auch Präsident Obama fortsetzt.[11] Sie könnte die Deutschen daran erinnern, dass die negativen Auswirkungen regelmäßiger, öffentlicher und ehrlicher Einschätzungen der Situation in Russland für die zwischenstaatliche Beziehung begrenzt sind.

Zweitens hat sich Deutschland bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und der NATO häufig vor der Auseinandersetzung mit Moskau gescheut, jedoch gleichzeitig das amerikanische Interesse an der europäischen Sicherheit bezweifelt. Ein gutes Beispiel sind die Diskussionen mit Moskau zum »Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa«. Dieser wurde von Berlin häufig als Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur bezeichnet, befand sich bei deutsch-russischen Gipfeln aber nie weit oben auf der Tagesordnung. Und das, obwohl die deutsche Bundesregierung dem Vertrag große Bedeutung beimisst und die Vereinigten Staaten

9. Siehe http://rudea-energy.com/.

10. Siehe http://www.auswaertiges-amt.de/sid_F00C7048278347318E4E9E91DDC69B3E/EN/AAmt/Koordinatoren/D-RUS-Koord/D-RUS-Koordinator_node.html

11. Siehe http://www.state.gov/p/eur/ci/rs/c41670.htm.

zum Gespräch mit Moskau drängt, um ihn zu neuem Leben zu erwecken.

Drittens kann Deutschland noch viel mehr tun, um die benachbarten östlichen NATO- und EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Russlandpolitik an Bord zu holen. Innerhalb der beiden Organisationen herrschen Spannungen, die durch unterschiedliche Wahrnehmungen der Bedrohung hervorgerufen wurden, welche von Russland ausgeht. Dies ist ein großes Problem für Deutschland und die Vereinigten Staaten. Die deutsche Regierung muss mehr unternehmen, um seine zögerlichen Verbündeten zu überzeugen. So wurde zum Beispiel die polnisch-russische Annäherung durch Berlins Verbindungen nach Warschau erleichtert.

Empfehlungen für beide Regierungen

Die beiden Regierungen könnten zudem weitere Schritte unternehmen, um Russland effektiver einzubinden:

- Bessere Koordination unter den Botschaften im Hinblick sowohl auf öffentliche Äußerungen als auch von Regierung zu Regierung.

- In den Dialog eintreten und zusammen mit übrigen EU- und NATO-Mitgliedsstaaten eine mögliche Arbeitsteilung für die Zusammenarbeit mit Moskau entwickeln.

- Vor allen Dingen die Verbündeten regelmäßig informieren und – wenn möglich – einen inneren Konsens in der Russlandpolitik suchen.

- Das Engagement der Zivilgesellschaft koordinieren und soweit es geht die jeweiligen Bemühungen integrieren, um Doppelungen zu vermeiden und maximale Effektivität zu erreichen.

Der Blick aus Moskau

Die kognitive Dissonanz zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in der Russlandpolitik verschärft sich dadurch, dass viele Russen in öffentlichen Erklärungen die Unterschiede zwischen den Ansätzen beider Länder falsch darstellen. Einige in Moskau behaupten, dass Deutschland und die Vereinigten Staaten die russische Innenpolitik radikal unterschiedlich bewerten. Ebenso unterschiedlich seien die Ansätze der beiden Länder in Bezug auf die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Sie stellen Deutschland als Russlands Anwalt in EU und NATO hin und tun so, als könne Deutschland entweder im Namen aller Mitgliedsstaaten Entscheidungen treffen – oder Entscheidungen fällen und dabei die Präferenzen der übrigen Mitgliedsstaaten missachten. Solche Analysen, wie sachlich unbegründet sie auch sein mögen, untergraben Deutschlands Glaubwürdigkeit bei seinen Verbündeten.

Dieses Problem wird durch bestimmte Aktionen Berlins verschärft, die solchen Vorstellungen in die Hände spielen. Deutsche Politiker mögen die Quadratur des Kreises vollbracht haben die Verpflichtungen gegenüber den multilateralen Institutionen auf der einen Seite zu erfüllen und den Beziehung zu Russland auf der anderen Rechnung zu tragen – aber anderen Ländern ist dies nicht gelungen. Das von Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew unterschriebene Meseberg-Memorandum ist dafür ein Beispiel.[12] Die Deutschen stellten es als bescheidenen Versuch dar, Russland Anreize für Kooperation im Streit um die separatistischen Bestrebungen in Moldawien zu bieten: Als Gegenleistung für Fortschritte in dem Konflikt habe man Moskau einen institutionalisierten Sicherheitsdialog mit der EU angeboten. Die russische Regierung hingegen behauptet, das Memorandum garantiere einen solchen Dialog – eine Interpretation, die einige EU-Mitgliedsstaaten verständlicherweise in Sorge versetzt hat, Berlin habe sich unilateral Entscheidungsbefugnisse der Europäischen Union zu eigen gemacht.

Schlussfolgerungen

Weder Berlin noch Washington haben in der Russlandpolitik den Königsweg gefunden. Besonders was das Erreichen gemeinsamer Ziele hinsichtlich der inneren Entwicklungen Russlands angeht, haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland zwar große Anstrengungen unternommen, aber relativ bescheidene Ergebnisse erzielt. In Zukunft würden beide Länder gut daran tun, die Effektivität ihres Engagements daran zu messen, in welchem Maße es ihren Interessen dient, aber sich gleichzeitig auch der Grenzen dieses Engagements

12. Siehe http://www.russianmission.eu/sites/default/files/user/files/2010-06-05-meseberg-memorandum.pdf.

bewusst sein. Während die Antwort auf die Frage, was zu tun ist, schwer zu beantworten bleibt, ist eins offensichtlich: Wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten unterschiedliche politische Ansätze gegenüber Russland verfolgen, können sie einander ernstlich untergraben.

Letztendlich bietet der deutsch-amerikanisch-russische Dreiklang ein wichtiges Forum, um die Lücken in der europäisch-atlantischen Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Kalten Krieges zu schließen. Ohne Frage ist der Vorschlag des ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew für einen euro-atlantischen Sicherheitsvertrag eine Totgeburt, eben weil die Voraussetzungen für ein solches allumfassendes Dokument fehlen: gegenseitiges Vertrauen, Zuversicht und stabile Erfahrungen in der gemeinsamen Sicherheitskooperation. Aber Deutschland (aufgrund seiner tiefgreifenden Beziehungen mit Russland), die Vereinigten Staaten (aufgrund ihrer Rolle als Dreh- und Angelpunkt in der NATO, besonders für neuere Mitgliedsstaaten) und Russland (aufgrund seiner Vorrangstellung in der eurasischen Sicherheitsordnung) sind in der Lage, unter allen Staaten des euro-atlantischen Raums einen Prozess anzuführen und diese Voraussetzungen zu schaffen. Das mag nicht kurzfristig zu machen sein, aber nur so lässt sich die Vision eines vereinten, freien und friedlichen Europas verwirklichen. Der Mangel an ideologischen Trennlinien und das breite Feld an gemeinsamen Bedrohungen, Herausforderungen und Chancen legen nahe, dass es, trotz gegenwärtiger Hindernisse, eine realistische Vision bleibt.

Über den Autor

Samuel Charap war Berichterstatter der Arbeitsgruppe. Er ist International Affairs Fellow am Council on Foreign Relations und derzeit vom Center for American Progress beurlaubt, wo er als Direktor für Russland und den eurasischen Raum arbeitet. Er dankt Reinhard Krumm, dem Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, für seine Beiträge zu diesem Bericht.

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Pia Bungarten (Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington)

Samuel Charap (Council on Foreign Relations/Center for American Progress)

Sabine Fischer (damals EU Institute for Security Studies)

Steedman Hinckley (US Department of State)

Reinhard Krumm (Friedrich-Ebert-Stiftung, Moskau)

Matthew Rojansky (Carnegie Endowment for International Peace)

Hans-Joachim Spanger (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)

Angela Stent (Georgetown University)

Stephen Szabo (Transatlantic Academy)

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Referat Westeuropa/Nordamerika | Abteilung Internationaler Dialog | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
http://www.fes.de/international/wil | http://www.fesdc.org

E-Mail:
ID-INFO-WENA@fes.de

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Trialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
http://www.fesdc.org

Die in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Center for American Progress oder einzelner Mitglieder der Arbeitsgruppe.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

EFQM
Committed to excellence

ISBN 978-3-86498-231-6